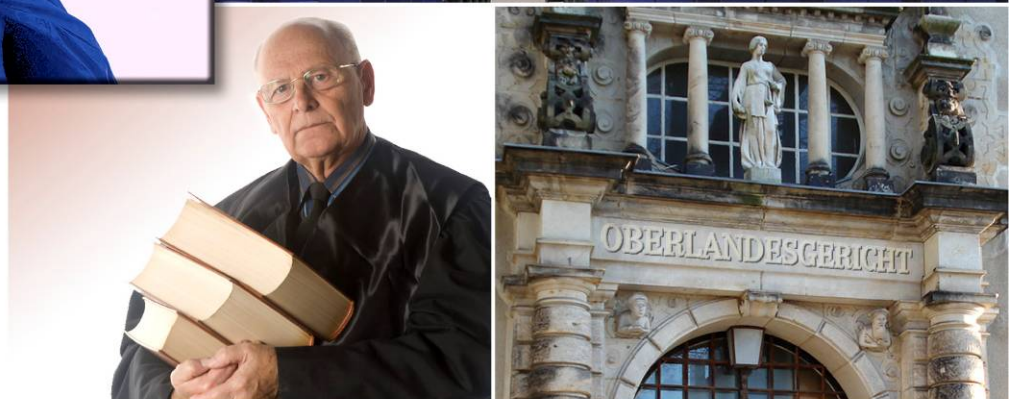
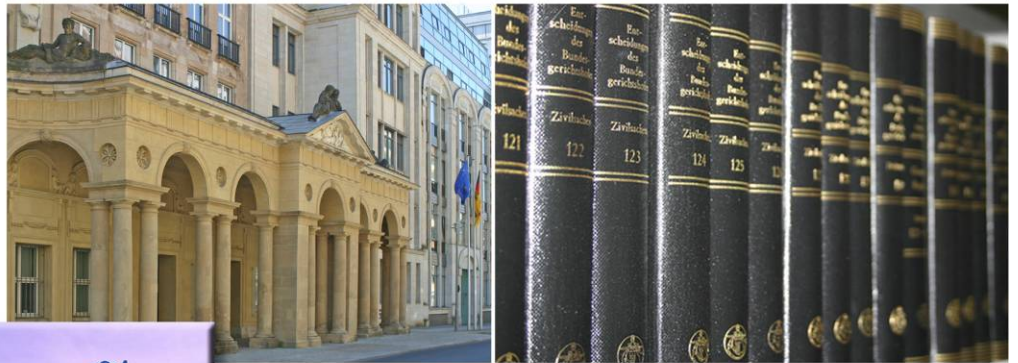


INFORECHT

Aktuelles aus dem Wirtschaftsrecht



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin

Besucheranschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2706 | Fax 030-20308-2777

Redaktion: Annette Karstedt-Meierrieks | E-Mail: kascheike.ludmilla@dihk.de | Internet: www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles	2
BMAS-Referentenentwurf zur Zeitarbeit	2
Gesetzentwurf mit den Ergebnissen der Föderalismuskommission II in den Bundestag eingebracht	2
80 Prozent der deutschen Gesetze haben europäischen Ursprung	2
Nachhaltigkeitsprüfung für Gesetzesfolgenabschätzung	2
Gemeinschaftsmarke wird billiger	2
Europ. Corporate-Governance-Forum: grundlegende Prinzipien der Manager-/Vorstandsvergütung	3
Neue Interpretation bei Internationaler Rechnungslegung endorsed	3
OLG München zur Anmeldung einer inländischen Geschäftsanschrift	3
Gesetz zur Telefonwerbung im Bundestag verabschiedet	3
Managergehälter: Gesetzentwurf im Bundestag nun eingebracht	3
Sammelklagen im Kartellrecht: Europäisches Parlament bremst Europäische Kommission	4
Gesetz zum ELENA-Verfahren in Kraft getreten	4
Gesetzgeberischer Handlungsbedarf im Bereich des Urheberrechts	4
Eckpunkte für Vergabe der "digitalen Dividende" für mobiles Breitbandinternet	4
Neue EMAS-Verordnung verabschiedet	4
Neuer Schwung Ökodesign-Verordnungen und neue Energieetikettierung beschlossen	4
Nächste Ökodesign-Verordnung beschlossen – diesmal: Elektromotoren	5
Erneuerbare-Energien-Richtlinie angenommen	5
Verbraucherschutz im Finanzdienstleistungsbereich	5
Ökodesign-Verordnungen zu Haushaltslampen und gewerblicher Beleuchtung erlassen	5
Weitere DIHK-Stellungnahme zu EU-Mutterschutzrichtlinie	5
Bilanzrechtsmodernisierung absolviert Gesetzgebungsverfahren	6
Verlängerung des Verbots der Leerverkäufe bis 31.05.2009	6
Vollstreckung: Auslegung des Ordre public-Vorbehalts durch den EuGH	6
Anpassung der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn, Binnenschiff (GGVSEB)	6
EP-Verkehrsausschuss zu Passagierrechten bei Busreisen	6
Rat betont die Bedeutung des Binnenmarkts in der Finanz- und Wirtschaftskrise	7
Europäische Kommission richtet Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie ein	7
Richtig werben – Praxisratgeber zum Wettbewerbsrecht jetzt neu	7
Arbeitsrecht von A – Z jetzt neu in der 5. Auflage	7
Aktuelle Steuerinformationen	7
Zum Schluss	7
Einladung zum Kongress: BIDs – ein Weg zu lebendigen Stadtquartieren	7

Aktuelles

■ BMAS-Referentenentwurf zur Zeitarbeit

Zur Umsetzung der EU-Richtlinie über Leiharbeit hat das BMAS einen Referentenentwurf zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) vorgelegt. Der DIHK hat hierzu Stellung genommen (<http://www.dihk.de/inhalt/themen/rechtundfairplay/stellungnahmen>). Es ist insbesondere nicht einzusehen, warum Zeitdruck aufgebaut und die Stellungnahmefrist so kurz angesetzt wurde, obwohl die Umsetzungsfrist erst 2011 abläuft. Die ursprünglich geplante Befassung des Bundeskabinetts noch vor Ostern wurde immerhin erstmal verschoben.

■ Gesetzentwurf mit den Ergebnissen der Föderalismuskommission II in den Bundestag eingebracht

Die Koalitionsfraktionen haben am 27.03.2009 zwei Gesetzentwürfe mit den Beschlüssen der Föderalismuskommission II vorgelegt. Damit soll im Grundgesetz eine enge Schuldengrenze für die öffentlichen Haushalte festgeschrieben werden.

■ 80 Prozent der deutschen Gesetze haben europäischen Ursprung

Europäische Gesetzgebung ist wichtig. Das wissen wir spätestens seit der 1988 gemachten Behauptung des früheren Kommissionspräsidenten Jacques Delors: Demnach soll der europäische Anteil am nationalen Wirtschaftsrecht bei 80 % liegen. Eine Untersuchung eines Mitarbeiters des Deutschen Bundestags geht nun darüber hinaus: 80 % aller deutschen Gesetze haben demnach einen europäischen Ursprung. Die Untersuchung von Tilmann Hoppe, Rechtsberater im wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, ist in der Europäischen Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 2009, Heft 6, S. 168, unter dem Titel „Die Europäisierung der Gesetzgebung: Der 80%-Mythos lebt“ erschienen.

■ Nachhaltigkeitsprüfung für Gesetzesfolgenabschätzung

Im zweiten Fortschrittsbericht 2008 hat die Bundesregierung angekündigt, das Thema Nachhaltigkeit in die allgemeine Gesetzesfolgenabschätzung einzubeziehen. Zur Vorbereitung wurde eine Studie erarbeitet (FU Berlin, Februar 2009), die ein Konzept für eine Abschätzung von Gesetzesfolgen im ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereich entwickelt. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbr/SID-F388D197-397B7341/bst/xcms_bst_dms_27523_27524_2.pdf

■ Gemeinschaftsmarke wird billiger

Die Gebühren des EU-Markenamtes für die Eintragung von Gemeinschaftsmarken werden mit Mitwirkung zum 01.05.2009 um 40 % bzw. bei elektronischen Anmeldungen um 44% gesenkt. Künftig entfällt die bisher zusätzlich geforderte Eintragungsgebühr. Es verbleibt nur noch die Anmeldegebühr in Höhe von 1.050,00 € zu zahlen, die sich bei Internetanmeldungen nochmals auf 900,00 € reduziert.

Auch die Gebühren für internationale Markenmeldungen, bei denen die Europäische Gemeinschaft benannt wird, werden auf 870,00 € und damit ebenfalls um 40% abgesenkt.

Das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt in Alicante (HABM) wurde 1994 vom Ministerrat geschaffen. In den letzten Jahren ist es dem Amt gelungen, erhebliche Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen umzusetzen. Seit Aufnahme seiner Tätigkeiten im Jahr 1996 stieg die Anfrage nach Gemeinschaftsmarken kontinuierlich. Das HABM hat bisher über 500.000 Eintragungen von Gemeinschaftsmarken für Hunderttausende von Unternehmen registriert. Das Amt finanziert sich selbst aus seinen Gebühreneinnahmen. Es erhält keine Zuschüsse oder sonstigen Finanzierungshilfen aus EU-Steuermitteln und muss als Einrichtung ohne Erwerbszweck einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen.

Dank der positiven Entwicklung konnten nun diese erfreulichen Gebührensenkungen, die besonders kleinen und mittleren Unternehmen zugute kom-

men, beschlossen werden. Auch die Bearbeitungszeiten des Amtes dürften sich damit verkürzen.

■ Europ. Corporate-Governance-Forum: grundlegende Prinzipien der Manager-/Vorstandsvergütung

Das Europäische Corporate-Governance-Forum prüft die Verfahren im Bereich Corporate Governance in den Mitgliedstaaten. Am 23.03.2009 hat es eine öffentliche Erklärung abgegeben, in der grundlegende Prinzipien für die Vergütung von Vorstandsmitgliedern/Geschäftsführern formuliert wurden. Die Mitgliedstaaten müssen nach Ansicht des Forums sicherstellen, dass diese Grundsätze in den nationalen Corporate-Governance-Kodizes verankert werden; teilweise werden auch europäische Regelungen angeregt. Link zur Erklärung des Forums: http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/ecgforum/ecgf-remuneration_en.pdf

■ Neue Interpretation bei Internationaler Rechnungslegung endorsed

Mit der EU-Verordnung Nr. 254 (2009) wurde die Interpretation 12 des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“ von der EU-Kommission endorsed. Sie ist für Geschäftsjahre, die nach dem 29.03.2009 beginnen.

■ OLG München zur Anmeldung einer inländischen Geschäftsanschrift

Das OLG München geht mit Beschluss vom 28.01.2009 (Az.: 31 Wx 05/09, DNotZ 2009, 231) auf die Frage der Pflicht zur Eintragung einer inländischen Geschäftsanschrift nach § 8 Abs. 4 Nr. 1 GmbHG ein. Eine solche Eintragungspflicht besteht nach Ansicht des Gerichts auch dann, wenn das Unternehmen entgegen § 24 Abs. 2 Satz 1 HRV diese Anschrift vor dem 01.11.2008 dem Registergericht nicht mitgeteilt oder sich die Anschrift geändert hat.

■ Gesetz zur Telefonwerbung im Bundestag verabschiedet

Am 26.03.2009 hat der Bundestag das Gesetz zur Telefonwerbung in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich erst am 15.05.09 damit befassen. Das Gesetz ist jedoch nicht zustimmungspflichtig. Es wird am Tag nach der Verkündung in Kraft treten. Die Bestätigungslösung und ein Textformerfordernis bei der Einwilligung in Telefonwerbung konnten erfreulicherweise verhindert werden. Geändert wurde, dass es nun ein Bußgeld bis 50.000 EUR für unerlaubte Telefonwerbung gibt, dass die Rufnummer bei Werbeanrufen nicht unterdrückt werden darf, dass das Widerspruchsrecht auch auf Zeitschriften- und Lotterieverträge ausgedehnt wurde und dass der Schutz vor untergeschobenen Verträgen, einschließlich der so genannten Kostenfallen im Internet, verbessert wird.

■ Managergehälter: Gesetzentwurf im Bundestag nun eingebracht

Der von der Koalitionsarbeitsgruppe angekündigte Gesetzentwurf zur Änderung der Vorstandsvergütungen wurde nun im Bundestag eingebracht, Bundestags-Drucksache 16/12278. Noch vor der Sommerpause sollen die Änderungen in Aktiengesetz und Handelsgesetzbuch für alle Unternehmen, unabhängig von Börsennotierung und Größe, verabschiedet werden. Geht es nach dem Gesetzentwurf, soll die Angemessenheit der Vergütung zusätzlich auch an der Leistung und der Üblichkeit der Vergütung bemessen werden. Zudem sind langfristige Verhaltensanreize zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung zu berücksichtigen, die Haltefrist bei Aktienoptionen auf 4 Jahre zu verlängern und mehr Vergütungsdetails offen zu legen. Der Aufsichtsrat soll die Letztentscheidung zur Vergütungsfestsetzung treffen und nachträgliche Herabsetzungen unter erleichterten Bedingungen vornehmen können. Rechtlich wie praktisch problematisch. Zu guter letzt soll eine 3-jährige cool-off-Periode für Vorstandsmitglieder für den Prüfungsausschuss eingeführt werden.

■ **Sammelklagen im Kartellrecht: Europäisches Parlament bremst Europäische Kommission**

Das Europäische Parlament hat am 26.03.2009 über das Weißbuch Schadenersatzklagen bei Verstößen gegen EG-Wettbewerbsrecht abgestimmt und sich erfreulicherweise für ein horizontales Instrument ausgesprochen. Dies entspricht genau der in unserem Positionspapier "Einheitlicher Referenzrahmen" aufgestellten Forderung nach einem abgestimmten Vorgehen der Generaldirektionen der Europäischen Kommission. Umso bedauerlicher ist es, dass die Generaldirektion Wettbewerb sich über den Willen des Parlaments in jeglicher Hinsicht hinwegsetzt und unmittelbar nach der EP-Abstimmung schon einen konkreten Richtlinienentwurf in die Ressortabstimmung innerhalb der EU-Kommission eingebracht hat.

■ **Gesetz zum ELENA-Verfahren in Kraft getreten**

Das Gesetz über das Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA-Verfahren) ist zum 02.04.2009 in Kraft getreten. Die Anzahl der erfassten Nachweise liegt nun bei fünf Stück, betroffen sind Entgeltnachweise für den Bezug des Arbeitslosengeldes I, sowie des Wohn- und Elterngeldes. Ziel ist jedoch, mittelfristig alle Entgeltnachweise in das ELENA-Verfahren zu integrieren. Damit die erhofften Kosteneinsparungen bei den Unternehmen tatsächlich greifen können, müssen wesentlich mehr Bescheinigungen erfasst werden.

■ **Gesetzgeberischer Handlungsbedarf im Bereich des Urheberrechts**

Das BMJ prüft mit einem Konsultationspapier weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Urheberrecht. Bei der Zusammenstellung der Fragen sind u. a. die Entschlüsse des Deutschen Bundestages und des Bundesrates sowie der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" zu Grunde gelegt. Es geht insbesondere um Fragen zur Kabel-

weiterleitung, zum Handel mit gebrauchter Software, um die Begrenzung des elektronischen Kopienversands durch Bibliotheken, Fragen zur Vergütungspflicht für die Abbildung von Werken im öffentlichen Raum (Panoramafreiheit) sowie zum elektronischen Bundesanzeiger.

■ **Eckpunkte für Vergabe der "digitalen Dividende" für mobiles Breitbandinternet**

Die Bundesnetzagentur hat für eine Vergabe der Frequenzen im Bereich 790 – 862 MHz (sog. "Digitale Dividende" = im Zuge der Digitalisierung der terrestrischen TV-Ausstrahlung frei werdende Frequenzen) erste Rahmenbedingungen entwickelt. Vorgesehen ist, die Frequenzen bundesweit zu versteigern und die Vergabe mit Versorgungsauflegen zu verbinden. Grundlage dafür sollen Informationen der Bundesländer über die weißen Flecken bilden.

■ **Neue EMAS-Verordnung verabschiedet**

Am 02.04.2009 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit eine Novellierung der EMAS-Verordnung verabschiedet. Das Ziel, die Beteiligung von Unternehmen deutlich zu erhöhen, dürfte nicht erreicht werden. Immerhin konnten einige erhebliche Mängel des Kommissionsentwurfs ausgemerzt werden.

■ **Neuer Schwung Ökodesign-Verordnungen und neue Energieetikettierung beschlossen**

Die Europäische Kommission ist ihrem ambitionierten Zeitplan gefolgt und hat den Mitgliedstaaten Ende März fünf neue Ökodesign-Verordnungen zur Abstimmung vorgelegt. Diese haben den Anforderungen an Umlaufpumpen, Fernseher, Kühl- und Gefrierschränke, Waschmaschinen und Geschirrspüler zugestimmt. Für Fernseher und die „weiße Ware“ ist zugleich auch die Energieverbrauchskenn-

zeichnung festgelegt worden, wobei das bekannte Etikett geändert wurde.

■ Nächste Ökodesign-Verordnung beschlossen – diesmal: Elektromotoren

Ökodesign betrifft immer mehr Branchen konkret. Die nunmehr sechste produktspezifische Verordnung soll den Energieverbrauch von Elektromotoren deckeln, indem in drei Stufen (2011, 2015, 2017) immer höhere IE-Effizienzstandards vorgegeben werden. Einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission stimmten die Mitgliedstaaten kürzlich zu.

■ Erneuerbare-Energien-Richtlinie angenommen

Der Rat hat am 06.04.2009 formell die Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien angenommen. Ende 2008 war hierzu bereits eine politische Einigung erzielt worden. Damit liegt nun eine endgültige deutsche Sprachfassung der Richtlinie vor.

■ Verbraucherschutz im Finanzdienstleistungsbereich

Die Bundestagsfraktionen haben zum Thema Verbraucherschutz im Finanzdienstleistungssektor ihre Forderungen konkretisiert. Ferner hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) eine Studie vorgelegt, die ebenfalls konkrete Vorschläge enthält. Folgende Vorschläge werden u. a. derzeit diskutiert:

1. Kosten und Provisionen bei der Anlageberatung müssen offen gelegt werden
2. Stärkere Rolle der Aufsicht bei der Kontrolle einzelner Produkte
3. Anreizstrukturen in der Provisionsberatung verändern
4. Vereinheitlichung des Rechtsrahmens für Anlageberater
5. Die Einführung eines Informationsblattes über

die Risiken und Kosten

■ Ökodesign-Verordnungen zu Haushaltslampen und gewerblicher Beleuchtung erlassen

Wie erwartet hat die EU-Kommission unmittelbar nach Ablauf der Prüfungsfrist in Parlament und Rat die kontrovers diskutierte Verordnung zu Haushaltslampen erlassen. Die festgelegten Ökodesign-Anforderungen führen zur schrittweisen Abschaffung von Glühbirnen und bestimmten Halogenlampen zwischen 2009 und 2012. Auch zur Beleuchtung von Büros, Straßen und Industrieanlagen ist eine Ökodesign-Verordnung erlassen worden.

■ Weitere DIHK-Stellungnahme zu EU-Mutterschutzrichtlinie

Die EU plant eine Ausweitung der Mutterschutzregelungen. Der Rat hat sich hierzu bereits skeptisch geäußert. Auf EU-Ebene gibt es derzeit zwei Gesetzgebungsvorhaben, in denen es um Mutterschutz geht: Zum einen soll die Mutterschutzrichtlinie für Schwangere/Mütter am Arbeitsplatz überarbeitet werden (Änderungen der Richtlinie 92/85 EG), zum anderen sollen Mutterschutzregelungen für Selbstständige und im Unternehmen mitarbeitende Ehefrauen eingeführt werden.

Der Vorschlag der EU-Kommission für mind. 18 Wochen Mutterschutz stieß am 09.03.09 in Brüssel im Ministerrat auf Bedenken etlicher Mitgliedsstaaten, auch auf die der deutschen Bundesregierung. Die Minister etlicher Mitgliedstaaten begrüßten den Vorstoß zwar grundsätzlich, wollen in den anstehenden Verhandlungen aber nationale Spielräume durchsetzen. In Deutschland sieht das Gesetz 14 Wochen vor. Bundesfamilienministerin von der Leyen will daran festhalten. Sie fürchtet, für junge Frauen könnte es bei einem längeren Mutterschutzurlaub schwieriger werden, eine Stelle zu finden. Die Babypause mache Frauen für Arbeitgeber teurer. In erster Linie müsse es um Gesundheitsschutz gehen. Dieser sei in Deutschland ausreichend gewährleistet. Auch der DIHK hält die

bestehenden Regelungen in Deutschland für ausreichend. Neben der Tatsache, dass im Anschluss an die Mutterschutzphase der Bezug des Elterngelds möglich ist – finanzielle Unterstützung ist damit gegeben –, würde eine Ausweitung des Mutterschutzes von derzeit 14 auf 18 Wochen die Wirtschaft aufgrund der Ausweitung des Umlageverfahrens U2 mit bis zu 500 Mio. Euro/Jahr zusätzlich belasten. Sie wird daher abgelehnt. Ein verpflichtender Mutterschutz auch für selbständig Tätige wird ebenfalls abgelehnt, wird doch dabei die jeweilige individuelle Situation der Betroffenen außer Acht gelassen. Weitere Regelungen, die eine Auszeit für Väter nach der Geburt eines Kindes betreffen, sind aus Sicht des DIHK ebenfalls nicht nötig. In Deutschland sind bereits die Partnermonate während des Bezugs von Elterngeld ein Anreiz für Väter, sich ebenfalls der Kindererziehung zu widmen.

■ Bilanzrechtsmodernisierung absolviert Gesetzgebungsverfahren

Nach dem Bundestagsbeschluss am 26.03.2009 hat nun der Bundesrat am 3. April dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) zugestimmt. Die Änderungen im HGB, AktG, PubliG etc. können nun ausgefertigt und verkündet werden; sie sollen zum 1. Mai in Kraft treten. Allerdings gibt es umfangreiche Vorschriften im EGHGB etc. zur erstmaligen Anwendung der geänderten Regelungen. Trotz der im Gesetzgebungsverfahren erreichten Verbesserungen, insb. für KMU, sind umfangreichere Umstellungsarbeiten in den Unternehmen erforderlich. Zu den wesentlichen Änderungen: Thema der Woche vom 26.03.2009:

<http://www.dihk.de/download.php?dload=http://www.dihk.de/root/inhalt/informationen/news/wochentema/26032009.pdf>

Link zum BilMoG:

http://www.bundesrat.de/cln_090/SharedDocs/Drucksachen/2009/0201-300/270-09,templateld=raw,property=publicationFile.pdf/270-09.pdf

■ Verlängerung des Verbots der Leerverkäufe bis 31.05.2009

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat ihr Verbot von bestimmten Leerverkäufen nun durch Allgemeinverfügung bis zum 31.05.2009 verlängert. Nach Ansicht der BaFin ist weiterhin eine außergewöhnliche Volatilität bei Aktien von Unternehmen der Finanzbranche festzustellen. Leerverkäufe könnten diese Entwicklung verschärfen und damit die Stabilität des Finanzsystems gefährden.

■ Vollstreckung: Auslegung des Ordre public-Vorbehalts durch den EuGH

Der EuGH hat sich in der Entscheidung C-394/07 vom 02.04.2009 den Ordre public-Vorbehalt des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüsseler Übereinkommen) im Hinblick auf den Beklagtenanspruch auf rechtliches Gehör ausgelegt.

■ Anpassung der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn, Binnenschiff (GGVSEB)

Alle drei Verkehrsträger sollen nun mit dieser Verordnung zusammengefasst werden. Gleichzeitig werden darin alle zum 01.01.2009 in Kraft getretenen Änderungen des ADR/RID, ADNR und des ADN auch für innerstaatliche und innergemeinschaftliche Beförderungen übernommen. Durch diese neue Verordnung werden alle Rechtsänderungen der drei Verkehrsträger in Form eines einheitlichen Rechtsaktes umgesetzt.

■ EP-Verkehrsausschuss zu Passagierrechten bei Busreisen

Der EP-Verkehrsausschuss hat am 31.03.2009 einen Bericht über Passagierrechte im Busverkehr angenommen. Mit den Vorschlägen der EU-

Kommission vom Dezember 2008 soll Busreisenden künftig EU-weit umfangreiche bei Verspätungen und Nichtbeförderung eingeräumt werden. Bislang galten national unterschiedliche Regelungen.

■ Rat betont die Bedeutung des Binnenmarkts in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat hat am 05.03.2009 das Kommissionsarbeitspapier „Überprüfung des Binnenmarkts: Jahresbilanz“ angenommen und die Bedeutung des Binnenmarkts gerade während der Wirtschafts- und Währungs Krise betont.

Der Rat betont in diesem Zusammenhang besonders den Small Business Act und die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie. Ferner setzt sich der für eine Intensivierung der Bemühungen um die Schaffung eines Gemeinschaftspatents und einer Patentgerichtsbarkeit ein. Zudem wird der Entwurf einer Richtlinie über die Rechte der Verbraucher als ein Beitrag für den Binnenmarkt für Unternehmen und Verbraucher angesehen.

■ Europäische Kommission richtet Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie ein

Die EU- Kommission hat am 02.04.2009 eine Europäische Beobachtungsstelle für Produkt- und Markenpiraterie eingerichtet. Damit reagiert die Behörde auf eine entsprechende Forderung des Wettbewerbsfähigkeitsrats vom 25.09.2008. Die Beobachtungsstelle soll u. a. statistisches Material sammeln, damit die Produkt- und Markenpiraterie in den Mitgliedstaaten besser bekämpft werden soll.

■ Richtig werben – Praxisratgeber zum Wettbewerbsrecht jetzt neu

Die DIHK-Broschüre „Richtig werben“ – Praxisratgeber zum Gesetz über unlauteren Wettbewerb (UWG) – Neues ab 2009 (A5, 208 S.) gibt einen

Überblick über das gesamte Wettbewerbsrecht und berücksichtigt insbesondere die Änderungen durch die Umsetzung der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken. DIHK-Bestellservice: <http://verlag.dihk.de>.

■ Arbeitsrecht von A – Z jetzt neu in der 5. Auflage

Die DIHK-Publikation „Arbeitsrecht von A bis Z“ bietet einen guten Überblick über alle arbeitsrechtlichen Gesetze und Bestimmungen. Checklisten, Musterschreiben und -Verträge sowie Formulierungshilfen runden den Ratgeber ab. Berücksichtigt werden alle Veränderungen in der Rechtsprechung und Rechtsetzung der letzten Jahre. DIHK-Bestellservice: <http://verlag.dihk.de>.

■ Aktuelle Steuerinformationen

finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/inhalt/themen/rechtundfairplay/steuerrecht/steuerinfo/index.html>

Zum Schluss

■ Einladung zum Kongress: BIDs – ein Weg zu lebendigen Stadtquartieren

Am 22./23.06.2009 findet der erste BID-Kongress der IHK-Organisation in der Handelskammer Hamburg statt. Gemeinsam sollen über die unterschiedlichen BID-Ansätze und Projekte in Deutschland und Europa informiert sowie das Engagement der IHK-Organisation in diesem Themenfeld der Stadtentwicklung beleuchtet werden.

Angesprochen sind Gewerbetreibende des Handels, der Gastronomie und Dienstleistungen, Immobilien-eigentümer und -wirtschaft.

Anmeldungen nimmt Frau Simone Menzel, DIHK, entgegen (menzel.simone@dihk.de). Die Teilnahmegebühr beträgt 50 €.